

## Bericht zur Jean-Monnet-Podiumsdiskussion

Zwischen humanitärer Verantwortung und  
Abschottung: Die europäische Asyl- und  
Flüchtlingspolitik vor dem Hintergrund des  
Bürgerkriegs in Syrien

Passau, 25. Juni 2014

Lukas Zech

04/2014

*Am 25. Juni 2014 fand eine Jean-Monnet-Podiumsdiskussion zum Thema „Zwischen humanitärer Verantwortung und Abschottung – die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien“ statt. Die Veranstaltung wurde vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik in Kooperation mit den Europäischen Wochen Passau und Europe Direct Freyung organisiert.*

*PD Dr. Uwe Hunger vom Zentrum für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück moderierte die Diskussion zwischen folgenden Gästen:*

*Karin Junker, MdEP a.D.*

*Karl Straub, CSU, Mitglied des Bayerischen Landtags*

*Johann Wagner, Experte für Grenzschutzmanagement*

*Matthias Henning, stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Grundlagen des Asylverfahrens, Sicherheit im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie*

*Petra Haubner, Anwältin für Asylrecht.*

### **Keynote-Speech: Schwierige Lage in Syrien und Aufruf zur Hilfe**

Ahmad al Ali, syrischer Flüchtling aus Damaskus, beschrieb in seiner der Diskussion vorangestellten Eingangsrede die schwierige Lage, in der sich er und seine Landsleute befinden. Vor dem Ausbruch des Konfliktes habe er ein gutes Leben in Damaskus geführt, sogar Zahnmedizin studiert. Heute fühle er sich hoffnungs- und machtlos, da er seiner in Syrien zurückgebliebenen Familie nicht helfen könne. Er kämpfe dafür sie, trotz widriger Umstände, bald nach Deutschland bringen zu können. In seinen folgenden Ausführungen schilderte er seine schwierige Reise nach Deutschland, die nur mit der Zuhilfenahme von Schleusern gelang.

Die Situation hier sei für ihn, auch wenn sie sich im Vergleich schon dramatisch verbessert hätte, sehr schwer, so Al Ali weiter. Auch wenn er der deutschen Regierung für alles was sie für ihn getan habe dankbar sei, so muss er sich vor Ort doch schwerwiegenden Problemen stellen. Aufgrund seines unklaren Asylstatus dürfe er beispielsweise nicht arbeiten. So fehle ihm Geld, das er seiner Familie nach Syrien schicken könne. Geld, welches seine und die Position seiner Landsleute verbessern könnte.

Zum Schluss seiner Rede warf al Ali zwei Möglichkeiten auf, wie internationale Entscheidungsträger der Katastrophe begegnen könnten: Die erste Antwort sei, „Wir wollen helfen“. Die zweite sei „Das ist mir egal“.

Es sei eine Frage der Menschlichkeit, Syrern zu helfen und es liege nun an jedem selbst, sich zu entscheiden.

Im Folgenden sollen nun die Positionen der verschiedenen Rednerinnen und Redner vorgestellt und somit ein Überblick über den Verlauf der Debatte gegeben werden.

### **Petra Haubner: Rechtlicher Status von Flüchtlingen**

In der Diskussion erläuterte die Anwältin Petra Haubner zunächst die rechtliche Situation von Flüchtlingen. So würden diese entweder unter den Status eines Asylbewerbers oder den eines sogenannten Kontingentflüchtlings fallen. Asylbewerber würden ein reguläres Asylverfahren durchlaufen und in der Regel bekämen alle Syrer, die in Deutschland einen Antrag stellen, den für dieses Verfahren notwendigen Schutzstatus zuerkannt und eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Dem pflichtete Matthias Henning vom BAMF bei: man versuche, eine möglichst schnelle Entscheidung für jeden Fall zu treffen. In der Bundesrepublik sei eine Steigerung von 64 % bei syrischen Flüchtlingen zu verzeichnen, obwohl die Personalausstattung in den entsprechenden Zuständigkeitsstellen gleich geblieben sei. Hier stelle sich die Frage nach der Prioritätensetzung, zumal auch aus anderen Ländern nach wie vor Asylanträge einträfen.

Kontingentflüchtlinge, so Haubner weiter, stünden dagegen außerhalb des regulären Asylverfahrens. Diese Flüchtlinge würden aus Flüchtlingslagern nach Deutschland gebracht und erhielten ebenfalls regelmäßig den Schutzstatus. Bei der Auswahl werde auch berücksichtigt, ob bereits Familienangehörige in Deutschland leben. Diese müssten allerdings für die Einreise ihrer Verwandten bürgen und garantieren, für deren Lebensunterhalt aufzukommen.

### **Karin Junker: Forderung nach einer vermehrten Aufnahme**

Die frühere Europaparlamentsabgeordnete Karin Junker stellte zunächst die neuesten Zahlen des UNHCR vor. Bei der Zahl der eingegangenen Asylanträge sei Deutschland mit 109.000 auf dem ersten Platz, gefolgt von den USA und Frankreich. Die meisten Anträge träfen aus Syrien ein (56.000). Durch den Syrienkonflikt seien 6,5 Mio. Syrer auf der Flucht. Ein großer Teil flüchtet, so der Bericht, in die Nachbarstaaten. Besonders der Libanon sei besonders betroffen, so Junker, was dort zu erheblichen Kapazitätsschwierigkeiten führe. Junker nannte es eine „Schande“, dass Deutschland als wirtschafts- und

bevölkerungsreiches Land angesichts der dramatisch ansteigenden Flüchtlingszahlen lediglich bereit sei, 20.000 Flüchtlinge einreisen zu lassen. Bei den zu erwartenden anhaltenden und steigenden Flüchtlingsströmen sei dies erst Recht ein großes Problem. Auch die von in Deutschland lebenden syrischen Staatsangehörigen zu leistenden Garantien für nachfolgende Familienmitglieder seien bei Weitem zu hoch. Ganz deutlich könne man erkennen, dass es in Europa an einem sozialen Lastenausgleich bei der Verteilung von Flüchtlingen fehle. Dies müsse sich in Zukunft ändern.

Zuletzt stellte Junker heraus, dass die Hoffnung auf ein besseres Leben legitim sei und es nicht auf den Grund ankomme, warum Flüchtlinge nach Europa einreisen wollen würden. Gerade die restriktive europäische Flüchtlingspolitik, nach der Flüchtlinge kaum eine legale Möglichkeit hätten einzureisen, unterstütze kriminelle Strukturen. Hier seien bessere Einwanderungsgesetze dringend vonnöten.

#### **Karl Straub: Aufnahme ja, aber in händelbarem Rahmen**

Straub wies darauf hin, dass die alleinige Forderung nach einer vermehrten Aufnahme von Syrern zu simpel sei. Man müsse auch beachten, dass syrische Flüchtlinge nicht die einzigen Menschen in Not und auch aus anderen Regionen steigende Zahlen zu verzeichnen seien. Deutschland leiste bereits einen großen Beitrag und die Zahl von 20.000 sei im Vergleich zum restlichen Europa bereits recht hoch. Auch andere Staaten müssten in die Verantwortung genommen werden ihren Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskatastrophe zu leisten. Der Wille zur Hilfe in Deutschland sei zweifellos gegeben, aber alles müsse, so Straub, in einem händelbaren Rahmen gehalten werden. Gerade die Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber sei ein großes Problem. Diese sei im Idealfall dezentral organisiert, um einer Ghettoisierung vorzubeugen, aber es mangle hier an genügend Wohnraum. Darüber hinaus stelle die Abschaffung der Residenzpflicht die Behörden vor besondere Herausforderungen, da nun Asylanten schwieriger anzutreffen seien.

#### **Johann Wagner: Situation der Grenzschützer beachten**

Der Grenzschutzexperte Johann Wagner, der als Berater für UN, EU und OSZE tätig ist, verwies auf die Kriminalität, die durch große Flüchtlingsströme begünstigt werde. Gerade Schleuser verdienten hohe Summen. Das Geschäft sei sogar lukrativer als beispielsweise der Drogenhandel.

Außerdem sei das Schleusertum ein brutales und rücksichtsloses Geschäft, weswegen die Bekämpfung dieser kriminellen Strukturen besonders wichtig sei.

Zwar betonte auch Wagner, dass die Gewährung von Hilfe für die Flüchtlinge sehr wichtig sei. Bei allen Diskussionen um den „Schutzwall“ um Europa müsse aber auch bedacht werden, dass man Grenzschützern nicht vorwerfen könne, absichtlich Menschenrechtsverstöße zu begehen. Vielmehr handle der einzelne Beamte gemäß dem Rechtsstaatsprinzip nur im Rahmen seiner Anweisungen und Dienstvorschriften. Auch Willkür bei der Nichtergreifung von Flüchtlingen und Verstöße gegen bestehende Regelungen im Falle einzelner Flüchtlinge sei nicht die Lösung. Man könne dem Grenzbeamten keine grundsätzliche Unmenschlichkeit unterstellen, wenn auch Einzelfälle von Kompetenzüberschreitungen bekannt seien.

Es seien eher die unterschiedlichen Gesetzgebungen innerhalb der EU, die Grenzschützer immer wieder vor Herausforderungen stellen würden, so Wagner. Eine Angleichung sei wünschenswert, aber auch eine große Aufgabe.

#### **Matthias Henning: Schutzauftrag muss effizient durchgeführt werden**

Matthias Henning stellte zunächst die zentrale Aufgabe des BAMF dar, Schutzbedürftigen den Schutzstatus zu gewähren. Bei einer steigenden Anzahl von Anträgen und einem Rückstau von Verfahren sei es jedoch oftmals schwierig die tatsächlich Betroffenen herauszufiltern. Gleichwohl prüfe man jeden einzelnen Fall genau. Da jedoch in Hinblick auf das vorhandene Personal bereits Kapazitätsgrenzen erreicht seien, gestalte sich ein effizientes Verfahren oftmals schwierig. Über die letzten Jahre seien trotz einer steigenden Anzahl an Schutzsuchenden Stellen abgebaut oder verlagert worden. Allerdings, so Henning, gebe man sich zuversichtlich, das System so ausgestaltet zu haben, dass kein Flüchtling durch das Raster falle.

## Zu den Passauer Jean Monnet Papieren

Die Passauer Jean Monnet Papiere werden vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau herausgegeben. Sie dienen der Veröffentlichung der verschiedenen, von der Europäischen Kommission geförderten Projektaktivitäten des Jean-Monnet-Lehrstuhls und stehen darüber hinaus auch besonders qualifizierten Studierenden zur Publikation ihrer Arbeiten offen. Interessierte Autoren können Manuskripte unter [jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de](mailto:jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de) einreichen.

## Impressum

Universität Passau  
Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik  
Dr. Hans-Kapfinger-Str. 14, 94032 Passau  
E-mail: [jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de](mailto:jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de)  
Fon: +49 (0)851 509 2981  
Fax: +49 (0)851 509 2977  
[www.uni-passau.de/goeler](http://www.uni-passau.de/goeler)

ISSN: 2194-1580

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Programm für  
lebenslanges  
Lernen